

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„8% – Wir brauchen den Lohn zum Leben – nach den langen Jahren des Sozialabbaus und Kaufkraftverlusts“ (ein ver.di-Kollege)

Die Gewerkschaft ver.di fordert für die 1,3 Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen 8 % mehr Lohn. 8 % – das ist auch die Forderung der Stahlarbeiter.

In den bevorstehenden Tarifrunden werden sich Millionen KollegInnen, von der IG Metall bis hin zur Chemie, in dem Willen erheben, den Wert ihrer Arbeitskraft zu verteidigen – nach der jahrelangen Politik der Reallohnkürzungen, der Aushöhlung ihrer Kaufkraft, einer Politik, die die gewerkschaftlichen Tarifverträge aufgebrochen und die sozialen Errungenschaften demoliert hat. Einer Politik, die gleichzeitig den Spekulanten eine beispiellose Bereicherung und den Konzernern Höchstgewinne garantiert hat.

In aller Schärfe haben sich die EU und die Europäische Zentralbank (EZB) eingemischt und die Forderungen der ArbeitnehmerInnen verantwortlich gemacht für weitere Preissteigerungen, Gefährdung der Stabilität und Arbeitsplatzvernichtungen.

EZB-Präsident Trichet, Interessenvertreter des internationalen Finanzkapitals, „warnt die Gewerkschaften“. Lohn-erhöhungen könnten nicht die Antwort sein auf die Verteuerungen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Das würde die EZB „nicht tolerieren“.

Dagegen toleriert die EZB, dass weitere milliarden-schwere Dollar-Kredite zur Fütterung der Spekulation in die krisengeschüttelten Geldmärkte gepumpt werden und die Kosten dafür auf die Völker und ArbeitnehmerInnen mit noch härteren Einschnitten bei den Löhnen und sozialen Errungenschaften abgewälzt werden.

CDU-Vertreter aus der Großen Koalition machen sich zu Handlangern der EU/EZB. So lehnt Innenminister Schäuble die Forderung von ver.di als „nicht verhandelbar“ ab und stellt damit seine Missachtung des Rechts der

Gewerkschaften auf freie Tarifverhandlungen noch einmal mehr unter Beweis.

Für die Vertreter der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) wird ein hoher Tarifabschluss unvermeidbar die hochverschuldeten Kommunen zu verstärktem Personalabbau und Privatisierungen zwingen. Ihre Drohstrategie zielt außerdem auf die Auflösung des national einheitlichen gewerkschaftlichen Flächentarifvertrags. Den ArbeitnehmerInnen wird mit diesen Erpressungen das Recht auf Tariflohn und die Wiederherstellung ihrer Kaufkraft abgesprochen.

Verantwortliche der SPD unterstützen dagegen die Forderungen nach 8% Lohnerhöhungen und das Recht der Gewerkschaften auf freie Tarifverhandlungen und ihren Kampf für die Verteidigung und Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Tarifverträge. Wollen sie helfen, die Politik der Zersetzung der Löhne, der gewerkschaftlichen Tarifverträge und sozialen Errungenschaften zu „korrigieren“? Damit würden sie den Forderungen nach „Korrekturen des massiven Unrechts“, die auf dem Hamburger Parteitag ihr Echo hatten, entgegen kommen.

Im Namen der Haushaltskonsolidierung ist der SPD/Linke-Senat unter Wowereit nicht bereit, die Lohnkürzungen aus dem Tarifvertragsbruch 2003 aufzuheben und die Wiederintegration der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in den bundesweiten Flächentarifvertrag zu respektieren.

Ist es nicht vielmehr die Aufgabe aller SPD-Verantwortlichen, entgegen den Vorgaben von EU/EZB das Recht der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften auf Forderungen zur Verteidigung ihrer Interessen, auf freie Tarifver-

handlungen und gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu respektieren, und das zum Auftrag für ihr Regierungshandeln zu machen? Muss nicht ihre volle Unterstützung den KollegInnen gehören, die mit ihrem Kampf und ihrer Forderung nach anständigen Löhnen zum Leben, nach



Verteidigung und Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Flächentarifverträge, für eine Umkehr des gesamten Zerstörungskurses der Politik der Agenda 2010 stehen?

Diesen Weg will die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti in Hessen gehen, die – gegen die Politik der sozialen Verwüstung durch die Regierung Koch – ins Zentrum ihres Wahlkampfes die Forderungen der Bevölkerungsmehrheit nach Aufhebung von Maßnahmen der sozialen Demontage und der Respektierung des einheitlichen Flächentarifvertrags im Öffentlichen Dienst rückt.

Mit einer Verpflichtung der SPD, diesen Auftrag der Bevölkerungsmehrheit zu ihrem Regierungshandeln zu machen, wird es möglich, die Mehrheit der Stimmen für eine SPD-Regierung in Hessen zu vereinen, aber auch ein Signal dafür zu geben, dass auf Bundesebene wieder eine sozialdemokratischen Mehrheit erobert werden kann. CARLA BOULBOULLÉ